

**Pressesprecher  
Bernd Sanders**Landeshaus  
24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>  
e-mail: [fraktion@cdu.landsh.de](mailto:fraktion@cdu.landsh.de)**PRESSEMITTEILUNG****Nr. 120/01 vom 15. März 2001****Helga Kleiner: Mehr und bessere Pflegeberatung ist dringend geboten**

„Endlich wird auch in Schleswig-Holstein wenigstens ein Anfang gemacht mit dem Aufbau einer kompetenten und neutralen Pflegeberatung“, erklärte die seniorenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Helga Kleiner im Hinblick auf die von Sozialministerin Moser eröffnete Beratungsstelle für Pflege und Demenz in Elmshorn. Träger der Beratungsstelle ist die Alzheimer Gesellschaft im Kreis Pinneberg. Nach Angaben der Ministerin sollen in Kürze in zwei weiteren Landkreisen und außerdem in zwei kreisfreien Städten ähnliche Beratungsstellen eingerichtet werden.

Schon seit Jahren wird der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von unabhängigen Beratungsstellen gefordert. Die pflegebedürftig gewordenen älteren Menschen, aber auch ihre Angehörigen sind auf die Beratung durch kompetente und neutrale Stellen angewiesen. Das Angebot an Pflegeleistungen der unterschiedlichsten Art und die mit der Finanzierung zusammenhängenden Fragen sind in den letzten Jahren immer unübersichtlicher geworden.

Die Fachwelt hat sich mit diesem Problem bereits ausreichend befasst und anhand der Erfahrungen, die man in Deutschland und anderen Ländern mit der Pflegeberatung gemacht hat, konkrete und wohlbegründete Vorschläge entwickelt, zuletzt auf der Fachtagung „Case Management in der Altenhilfe“ Anfang Februar 2000 in Berlin. Dieser Fachtagung lag ein umfangreicher Bericht über das „Case Management in verschiedenen nationalen Altenhilfesystemen“ zugrunde.

Es kommt also jetzt in Schleswig-Holstein nur darauf an, diese wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse politisch umzusetzen. Ich fordere daher die Sozialministerin auf, sicherzustellen, dass in den vom Land finanziell unterstützten Beratungsstellen nur solche Beraterinnen und Berater tätig sind, die über ausreichende Fachkenntnisse und mehrjährige Erfahrungen im Pflegebereich verfügen. Sie sollte die Mindeststandards selbst festlegen und öffentlich bekanntgeben. Nur dadurch kann das notwendige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu den neuen Pflegeberatungsstellen hergestellt werden. Falls die von der Sozialministerin angekündigten vier weiteren Beratungsstellen bei den Kommunalverwaltungen eingerichtet werden sollen, muss ferner sichergestellt werden, dass es nicht zu Zielkonflikten zwischen der Pflegeberatung und dem Betreiben kommunaler Pflegeheime kommt.